

ANALYSE

Russlands wirtschaftliche Eliten im Krieg: Gewinner, Verlierer und die Umverteilung von Reichtum und Macht

Lorenz

DOI: 10.31205/RA.469.01

Zusammenfassung

Russlands anhaltender Krieg gegen die Ukraine hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Eliten im eigenen Land. Einige russische Milliardäre haben von der Umverteilung von Vermögen und dem Rückzug ausländischer Unternehmen profitiert. Andere erlitten erhebliche finanzielle Verluste, und ihre Reputation erlitt erheblichen Schaden. Trotz erkennbarer Unzufriedenheit unter den Wirtschaftseliten bleibt öffentlicher Widerstand gegen den Krieg weitgehend aus – nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Kontrolle durch die Sicherheitsdienste und der Risiken, die mit abweichenden Meinungen verbunden sind. Gleichzeitig verändert die fortschreitende Verstaatlichung die Eigentumsverhältnisse und schafft Unsicherheit in unternehmerischen Kreisen. Mit der wachsenden Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft entsteht eine neue Gruppe von Nutznießern – und damit verändert sich die Zusammensetzung der russischen Wirtschaftselite grundlegend.

Der Krieg als Wendepunkt

Die russische Invasion in die Ukraine stellte einen Wendepunkt für die wirtschaftliche und politische Elite des Landes dar. Seit Beginn der großangelegten Kampfhandlungen hat sich die wirtschaftliche Landschaft tiefgreifend verändert und die Verteilung von Reichtum und Macht unter den wohlhabendsten Individuen und Unternehmensführern Russlands neu geordnet. Diese Analyse untersucht diese Veränderungen: Wer hat unter den Kriegsbedingungen gewonnen, wer verloren? Warum bleibt öffentlicher Widerspruch in der Regel aus und wie gestalten Verstaatlichung und Umverteilung die russische Wirtschaft um?

Auswirkungen auf russische Milliardäre und Veränderungen auf der Forbes-Liste

Entgegen der Erwartungen, die Sanktionen könnten zu einem finanziellen Einbruch führen, blieb die Zahl der russischen Milliardäre stabil und stieg sogar leicht: von 123 im Jahr 2021 auf 125 im Jahr 2024. Zusammengefasst kontrollieren diese Milliardäre 27 Prozent des nationalen BIP, womit Russland unter den großen Volkswirtschaften der Welt, die mit den meisten Oligarchen ist. Zum Vergleich: In Indien und den Vereinigten Staaten liegt der entsprechende Anteil bei etwa 24 Prozent des BIP (Re:Russia 2025).

Während westliche Sanktionen zunächst die finanzielle Lage russischer Milliardäre erschütterten, führte die Umverteilung ausländischer Vermögenswerte für einige zu erheblichen Profiten. Interessanterweise schnitten sanktionierte Milliardäre besser ab, als nicht sanktionierte: 40 Prozent der sanktionierten Oligarchen konnten ihr Vermögen vergrößern, während 60 Prozent der nicht sanktionierten Milliardäre finanzielle Verluste

erlitten (Re:Russia 2025). Die Möglichkeit, wertvolle Vermögenswerte zu vergünstigten Preisen zu erwerben, sowie staatliche Unterstützung für inländische Industrien ermöglichte es bestimmten Akteuren, ihre finanzielle Position trotz anhaltender wirtschaftlicher Herausforderungen zu stärken.

Diese Umverteilung bei den wohlhabendsten Eliten Russlands ging mit tiefgreifenden Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftsstruktur einher. Ein besonders auffälliger Trend ist der starke Rückgang der Zahl der russischen Unternehmen mit Auslandsbeteiligung: In den letzten drei Jahren sank diese Zahl um 34 Prozent – von 29.200 im März 2021 auf 19.300 im März 2024 (Mingazov 2024). Dieser Rückgang spiegelt nicht nur den Rückzug westlicher Firmen nach dem Einmarsch in die Ukraine wider, sondern auch die zunehmende Tendenz von Unternehmen, sich unter russischer Rechtsform neu registrieren zu lassen, um sanktionsbedingte Risiken zu minimieren. Auch wenn einige Unternehmen formal weiterhin in Russland präsent sind, haben viele faktisch ihre Aktivitäten eingestellt. Der Rückzug ausländischer Firmen ist besonders stark in strategisch wichtigen Branchen wie Öl und Gas, Kohle und Finanzwesen zu beobachten, während andere Bereiche – etwa Pharmazeutik oder Autoteile – sogar einen leichten Anstieg ausländischer Aktivitäten verzeichnen.

Vor dem Hintergrund des Rückzugs ausländischen Kapitals und der Anpassungsfähigkeit der Eliten begann der russische Staat, eine zunehmend aktive Rolle bei der Gestaltung von Eigentumsstrukturen in der Wirtschaft zu übernehmen. Parallel zur Vermögensakkumulation einiger sanktionierter Eliten gewann ein weiteres, bereits zuvor existierendes Umverteilungsinstrument enorm an Dynamik: die staatlich initiierte Enteignung privaten

Eigentums. Zwar gab es solche Praktiken bereits vor 2022, doch seit dem Beginn der großangelegten Invasion haben sie sich erheblich intensiviert und sich zu einem zentralen Instrument der Neuordnung von Russlands Wirtschaft entwickelt. Ein aktueller Bericht der *Novaya Gazeta Europe* in Zusammenarbeit mit dem Antikorruptionsexperten Ilja Schumanow dokumentiert, wie diese Enteignungswelle die Zusammensetzung der wirtschaftlichen Elite nachhaltig verändert hat. Seit 2022 haben russische Staatsanwaltschaften über 100 Verstaatlichungsklagen eingereicht, die zur Beschlagnahme von Vermögenswerten im Wert von rund 2,56 Billionen Rubel (etwa 28 Milliarden US-Dollar) führten – der größten Enteignungswelle seit den Privatisierungen der 1990er-Jahre (Morokhin 2025).

Gewinner und Verlierer

Der Krieg hat klare wirtschaftliche Trennlinien geschaffen: Während einige Branchen und Einzelpersonen profitierten, mussten andere erhebliche Rückschläge hinnehmen. Der rasche Rückzug westlicher Unternehmen eröffnete gut vernetzten russischen Geschäftsleuten die Chance, ihre Positionen zu festigen. Personen mit politischen Verbindungen nutzten diesen Umbruch, um sich wertvolle Vermögenswerte zu stark reduzierten Preisen zu sichern.

Zu den Hauptnutznießern zählten ehemalige Politiker und kremlnahe Geschäftsleute wie Arsen Kanokow, der weltweit bekannte Marken wie Starbucks, OBI und McDonald's zu einem Bruchteil ihres ursprünglichen Werts erwarb. In Branchen wie Technologie, Einzelhandel und Pharma ersetzten neue russische Firmen die westlichen Anbieter. Unternehmer wie Denis Frolow (Astra Linux) und Wadim Charitonin (Pharmstandard) profitierten vom gestiegenen Bedarf an inländisch produzierten Alternativen. Gleichzeitig bauten Geschäftsleute wie Boris Singarjewitsch und Sachar Smuschkina ihren Einfluss in der Industrieproduktion aus, indem sie Vermögenswerte übernahmen, die zuvor in ausländischem Besitz waren (Re:Russia 2025).

Ein weiteres zentrales Instrument der Vermögensumverteilung in Russland der letzten drei Jahre war die staatlich initiierte Enteignung (Morokhin 2025). Diese Strategie traf insbesondere Unternehmer mit Wohnsitz im Ausland und wurde von den Behörden mit angeblich »rechtswidrigem Besitz strategischer Unternehmen« oder mit der »Bedrohung der nationalen Sicherheit« begründet. Ein prominentes Beispiel ist der Versuch der Verstaatlichung des Flughafens Domodedowo, eines bedeutenden Verkehrsknotens. Als Auslöser diente die ausländische Staatsbürgerschaft der Eigentümer, Dmitrij Kamenschtschik (Türkei, VAE) und Walerij Kogan (Israel), denen vorgeworfen wurde, Infrastrukturprojekte zu blockieren und sich mit westlichen geopolitischen Interessen zu identifizieren.

Der russische Staat nutzt Verstaatlichungen zudem, um Privatisierungsgeschäfte der 1990er-Jahre aus faden-scheinigen Gründen rückgängig zu machen. Im Jahr 2020 – nach Protesten um den Kuschtau-Berg und öffentlicher Kritik von Präsident Putin an den Eigentümern wegen Gewinnverschiebung ins Ausland sowie mangelnder regionaler Entwicklung – reichte die Generalstaatsanwaltschaft eine Klage gegen das Unternehmen Baschkir Soda ein. In einer richtungsweisenden Entscheidung wurde das Unternehmen bald in staatliches Eigentum überführt. Seit Februar 2022 wurden über 20 ähnliche Klagen eingereicht (Meduza 2024). Und im Jahr 2023 zeigte die Enteignung von Rolf, einem großen Autohaus des ehemaligen Duma-Abgeordneten Sergej Petrow, dass dieses Vorgehen inzwischen nicht nur auf strategische Branchen abzielt, sondern auch gegen politisch unliebsame Personen gerichtet werden kann. Was einst als juristisches Mittel begann, hat sich zu einem umfassenden Mechanismus der staatlichen Machtkonsolidierung entwickelt.

Zu dieser Entwicklung gehört auch die Enteignung von hochwertigem Immobilienbesitz. (Morokhin 2025). Fast die Hälfte aller Verstaatlichungsklagen im Jahr 2024 betraf Immobilien und Grundstücke, die als besonders liquide und potenziell gewinnbringend gelten. Dies spiegelt die Entwicklung der strategischen Entscheidungen des Staates wider. Ein prominenter Fall war die Beschlagnahme von etwa 40 Geschäftsgebäuden der Familie Chotin in Moskau, darunter das Four Seasons-Hotel in unmittelbarer Nähe des Kremls sowie bedeutende Einkaufszentren wie »Gorbuschkin Dwor« und »Filion«. Zudem entzog der Staat den Nikolajewskij-Palast in St. Petersburg der Föderation unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR). Begründet wurde dieser Schritt damit, dass die Übertragung des Gebäudes an die Gewerkschaften im Jahr 1917 rechtswidrig gewesen sei. Zu den enteigneten Unternehmen gehört außerdem der Bergbaukomplex Dalpolimetall, der dem ehemaligen Regionalpolitiker Eduard Janakow abgenommen wurde. Wegen seiner Vorkommen an Blei und Zink ist dieser für die Rüstungsproduktion von großer Bedeutung.

Vor allem staatsnahe Institutionen und Netzwerke werden zu den neuen Eigentümern dieser Vermögenswerte. So hat die Rosselchosbank, die zuvor unter der Leitung von Dmitrij Patruschew (Sohn des ehemaligen FSB-Chefs Nikolaj Patruschew) stand, Agrarunternehmen wie Makfa und Ariant übernommen. Chemieunternehmen wurden an Roschim übertragen – einem Konglomerat, das Berichten zufolge mit Arkadij und Boris Rotenberg verbunden ist – beides langjährige Vertraute von Präsident Putin. Militärische Produktionsstätten wie das Artilleriewerk Motowilicha und das Patronenwerk Klimowsk wurden von dem staatli-

chen Rüstungskonzern Rostec übernommen (Morokhin 2025).

Angesichts der zentralen Rolle von Rostec bei der Umverteilung militärisch-industrieller Vermögenswerte lohnt sich ein genauerer Blick auf das Unternehmen und seinen langjährigen Leiter Sergej Tschemesow. Als Generaldirektor von Rostec seit Dezember 2007 kontrolliert Tschemesow einen erheblichen Teil der russischen Rüstungsproduktion. Aufgrund seiner Unterstützung für den Krieg gegen die Ukraine und seiner engen Verbindung zu Wladimir Putin wurde er von 27 EU-Staaten sowie mehreren weiteren westlichen Ländern mit persönlichen Sanktionen belegt.

Im Sommer 2024 wurde berichtet, dass Rostec seinen Nettogewinn im Jahr 2023 um 54 Prozent steigern konnte (TAdviser 2024). Der Staatskonzern weitete die Produktion und Lieferung von Militärausrüstung erheblich aus. Die Menge der an die russische Armee gelieferten Munition stieg im Vergleich zu 2022 um das 25-Fache. Die Produktion und Instandsetzung leichter Panzerfahrzeuge verdreifachte sich, während die Panzerproduktion im Jahresvergleich um das 3,5-fache zunahm. Zum Portfolio gehören zahlreiche unbemannte Fluggeräte, darunter Aufklärungsdrohnen, Kampfdrohnen und Kamikaze-UAVs. Bereits vor dem Krieg spielte Tschemesow eine Schlüsselrolle in der russischen Politik. Seit Februar 2022 haben sowohl sein politischer Einfluss als auch seine wirtschaftliche Stellung erheblich zugenommen.

Der wachsende Einfluss von Rostec hat jedoch auch bestehende Spannungen innerhalb des Verteidigungssektors offengelegt. Hinter den steigenden Produktionszahlen und Gewinnen der Staatskorporation verbirgt sich ein grundlegendes Missverhältnis zwischen den Produktionszielen von Rostec und den Erwartungen des Verteidigungsministeriums als wichtigsten staatlichen Auftraggeber.

Die Spannungen zwischen dem Verteidigungsministerium und Rostec spiegeln tiefere Widersprüche in der russischen Kriegswirtschaft wider. Während das Militär eine höhere Stückzahl und bessere Qualität von Waffensystemen fordert, betont Tschemesow die Notwendigkeit, die Produktion margenstarker ziviler und Dual-Use-Technologien aufrechtzuerhalten und auszubauen. Er kritisierte bestehende Preisvorgaben, die Effizienzsteigerungen beeinträchtigen, da Einsparungen von Unternehmen oft eingezogen statt reinvestiert werden würden. Die Ernennung des Ökonomen Andrej Beloussow zum Verteidigungsminister im Jahr 2024 wurde als Schritt hin zu einem Gleichgewicht zwischen »Kanonen oder Butter« dargestellt. Diese Frage griff auch Tschemesow selbst auf, als er für einen wirtschaftspolitischen Ansatz plädierte, der Innovation und Produktivität im gesamten Verteidigungssektor belohnt (RBC 2024).

Bis Anfang 2025 galt der Agrarsektor in Russland im Hinblick auf Eigentumsverhältnisse als relativ stabil. Im Gegensatz zu anderen Branchen hatte es dort bislang keine nennenswerten öffentlichen Fälle von Vermögensumverteilung gegeben. Das änderte sich im März 2025 mit der Festnahme von Wadim Moschkowitsch, dem Gründer von Rusagro, einem der größten Agrarunternehmen des Landes. Moschkowitsch ist Milliardär und war von 2006 bis 2014 Senator der Oblast Belgorod. Ihm wird im Zusammenhang mit dem Kauf der Holding Sun Products im Jahr 2018 großangelegter Betrug vorgeworfen. Die Holding stellt bekannte Marken wie »Rossijanka« und »Moskwa Provensal« her. Der ehemalige Miteigentümer Wladislaw Burow spricht von einer feindlichen Übernahme. Die Ermittler werfen Moschkowitsch vor, Partner getäuscht und Verluste in Höhe von 34,7 Milliarden Rubel (etwa 347 Millionen Euro) verursacht zu haben. Moschkowitsch bestreitet alle Vorwürfe und betont, er habe nie gegen das Gesetz verstoßen. Rusagro bot eine Kautions in Höhe von einer Milliarde Rubel (etwa 10 Millionen Euro) an, doch das Gericht lehnte ab. Die Verhaftung einer solch prominenten Persönlichkeit hat das Bild der Agrarwirtschaft als »sichere Zone« erschüttert und könnte auf zunehmende staatliche Kontrolle und Konkurrenzkämpfe innerhalb des Sektors hindeuten.

Das Schweigen der russischen Wirtschaftselite und die Rolle staatlich kontrollierter Unternehmen

Begrenzter öffentlicher Widerspruch unter Wirtschaftseliten

Trotz der wirtschaftlichen Herausforderungen infolge des Krieges hat sich die russische Wirtschaftselite weitgehend zurückgehalten und keine offene Kritik geäußert. Alexandra Prokopenko stellt fest, dass zwar eine weitverbreitete Unzufriedenheit herrscht, aber nur wenige Führungskräfte es wagen, sich öffentlich zu äußern – aus Angst vor Konsequenzen (Prokopenko 2023). Prominente Persönlichkeiten wie Oleg Deripaska oder Manager des Lukoil-Konzerns gerieten bereits nach vergleichsweise harmlosen kritischen Äußerungen sofort unter staatlichen Druck. Im Fall Deripaska äußerte sich dieser Druck in Form verstärkter medialer Angriffe, intensiver Überprüfungen seiner Geschäfte und vermutlich auch inoffizieller Warnungen. Er versuchte, einen vorsichtigen Mittelweg zwischen dem Kreml und dem Westen zu finden: Öffentlich bezeichnete er den Krieg als Wahnsinn und rief zum Frieden auf, ohne jedoch Präsident Putin namentlich zu kritisieren. Während er versuchte, westliche Sanktionen gegen sich abzuwenden, zeigte er weiterhin Loyalität zum russischen Staat und machte die Ukraine und die USA für den Konflikt verantwortlich.

Diese rhetorische Strategie erlaubt es ihm, seine Verbindungen in Moskau aufrechtzuerhalten, ohne offen Repressalien auf sich zu ziehen (Livadina 2024).

Obwohl es Spekulationen über die plötzlichen Todesfälle mehrerer Lukoil-Manager gibt, ist bisher kein eindeutiger politischer Zusammenhang nachgewiesen. Dennoch tragen diese Vorfälle zu einer allgemeinen Atmosphäre der Angst bei. Infolge dessen entscheiden sich die meisten Unternehmenslenker entweder für Neutralität oder für öffentliche Unterstützung der Regierungspolitik, um keine ungewollte Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Viele Milliardäre sehen sich zu einer strategischen Entscheidung gezwungen: entweder ihr Vermögen dauerhaft ins Ausland zu verlagern oder es unter Aufsicht des Kremls zurückzuführen. Einige, wie Michail Fridman und German Khan von der Alfa Group, sind nach Russland zurückgekehrt, nachdem ihre Vermögenswerte im Westen eingefroren wurden. Andere wiederum, wie Yandex-Gründer Arkadij Wolosch oder Oleg Tinkow (Tinkoff Bank), haben das Exil gewählt und mussten erleben, dass ihre verbleibenden russischen Vermögenswerte beschlagnahmt oder an kremlnahe Akteure übertragen wurden. Bei Yandex war dies ein Investorenkonsortium mit Verbindungen zu Alexander Tschatschawa (Leta Capital), im Fall Tinkow war es der Oligarch Wladimir Potanin (Interros).

Der Kreml hat deutlich gemacht, dass wirtschaftliche Loyalität nun zur Grundvoraussetzung für den Erhalt von Wohlstand und Einfluss geworden ist. Von Geschäftsführern wird erwartet, dass sie sich mit der Staatslinie identifizieren; selbst internationale Kontakte gelten inzwischen als verdächtig. In diesem Klima ist Selbstzensur zu einer Überlebensstrategie geworden. Viele Führungskräfte haben ihre öffentliche Sichtbarkeit reduziert, vermeiden Medienauftritte und Auslandsengagements, um keine Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen. Dieses Klima der Angst unterdrückt effektiv jede Form des Widerspruchs in der Geschäftswelt. Kritische Stimmen sind daher selten und entfalten kaum Wirkung.

Wachsende Kontrolle über staatseigene Unternehmen

Führungskräfte staatlicher Konzerne unterliegen inzwischen einer noch strengeren Kontrolle durch den Staat: Der Kreml und der FSB bestimmen direkt über zentrale Personalentscheidungen und strategische Weichenstellungen. Dies hat zu einem »Entlassungsstopp« geführt, bei dem eigenständige Entscheidungen kaum noch möglich sind (Prokopenko 2023). Die wachsende Präsenz von Sicherheitsbeamten innerhalb großer Unternehmen stellt sicher, dass Manager ständig überwacht werden, ihre Finanztransaktionen, Kommunikation und Reisen werden engmaschig kontrolliert. Schon geringfügige Anzeichen politischer Skepsis können zu Entlassung,

juristischen Maßnahmen oder Beschlagnahmungen von Eigentum führen.

Staatseigene Unternehmen wurden zudem strategisch neu ausgerichtet, um sich stärker an den geopolitischen und militärischen Zielen Russlands zu orientieren. Große Konzerne in den Bereichen Energie, Verteidigung und Logistik wurden so umstrukturiert, dass sie militärische Produktion, wirtschaftliche Autarkie und den Handel mit nichtwestlichen Partnern priorisieren. Folglich werden Führungspositionen immer öfter auf Basis politischer Loyalität und nicht betriebswirtschaftlicher Kompetenz vergeben. Ein prominentes Beispiel ist der staatliche Atomkonzern Rosatom, der eine Schlüsselrolle bei der Projektion russischer Macht im Ausland spielt. Seit Kriegsbeginn setzt Rosatom den Bau von Atomkraftwerken in Ländern wie der Türkei, Ägypten und Bangladesch fort, oft finanziert durch großzügige russische Staatskredite. Diese langfristigen Verträge machen die jeweiligen Länder von russischem Brennstoff, russischer Technologie und russischem Personal abhängig und verschaffen Moskau so ein wirkungsvolles politisches Druckmittel. Analysten bezeichnen diese Strategie als eine Form der »nuklearen Diplomatie«: Russland bietet günstige Energie im Austausch für geopolitische Gefälligkeiten. In Ländern wie Ungarn und der Türkei fiel Rosatoms Engagement mit außenpolitischen Entscheidungen zusammen, die dem Kreml entgegenkamen (The Insider 2022).

Führungskräfte dieser Unternehmen verfügen kaum noch über Handlungsspielräume. Mit der zunehmenden staatlichen Kontrolle über das Unternehmensmanagement ist selbst private Kritik mit erheblichen Risiken verbunden. Wer versucht, staatlichen Vorgaben zu widersprechen, riskiert den Verlust seines Arbeitsplatzes, öffentliche Diffamierung oder fingierte Strafverfahren. Viele Führungskräfte haben daher eine Haltung passiver Anpassung eingenommen: Sie sorgen dafür, dass ihre Unternehmen den staatlichen Prioritäten folgen, ohne unnötig Aufmerksamkeit zu erzeugen. Zwar dienten staatseigene Betriebe bereits zuvor als Instrumente der Regierungspolitik, doch die großflächige Invasion im Jahr 2022 hat diesen Trend massiv beschleunigt und vertieft. Seither fungieren diese Unternehmen zunehmend als direkte Verlängerung des Kremls und verstärken die staatliche Dominanz über den Unternehmenssektor in bislang unbekanntem Ausmaß.

Schlussfolgerungen

Die russische Kriegswirtschaft ist von einer tiefgreifenden Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und Machtstrukturen geprägt. Während einige kremlnahe Eliten von Verstaatlichungen, Sanktionen und dem Rückzug westlicher Unternehmen profitierten, hat diese Konsolidierung ihren Preis. Die Aushöhlung von Eigen-

tumsrechten, der Vertrauensverlust bei Investoren und die wachsende Dominanz politisch vernetzter Akteure untergraben die Grundlagen einer wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft. Auch wenn der Kreml diesen Wandel als Weg zu Souveränität und Stabilität darstellt, bleibt die langfristige Perspektive ungewiss. Ohne strukturelle Reformen und wirtschaftliche Diversifizierung droht

das gegenwärtige Modell, Ineffizienzen zu verfestigen, Innovationen zu hemmen und die Abhängigkeit von einem engen Kreis loyaler Insider zu vertiefen. Entstanden ist keine widerstandsfähigere Wirtschaft, sondern eine, die zunehmend von politischer Logik geprägt wird, statt marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Über den Autor

Lorenz ist ein Pseudonym. Der Autor hat Politikwissenschaft studiert. Er arbeitet im gemeinnützigen Sektor und verfasst analytische Texte für russische und deutsche Thinktanks.

Lesetipps

- Livadina, Mira. 2024. »«Мы, бизнесмены, в политику не вмешиваемся.»« *Novaya Gazeta Europe*, August 14, 2024. <https://novayagazeta.eu/articles/2024/08/14/my-biznesmeny-v-politiku-ne-vmeshivaemsia>.
- Meduza. 2024. »Путин: национализации не будет. Генпрокуратура: а мы уже вернули государству заводы. Путин: что-то в этом есть....« *Meduza*, February 5, 2024. <https://meduza.io/feature/2024/02/05/putin-natsionalizatsii-ne-budet-genprokuratura-a-my-uzhe-vernuli-gosudarstvu-zavody-putin-chto-to-v-etom-est>.
- Mingazov, Sergey. 2025. »Число компаний с иностранным участием в России за три года сократилось на треть.« *Forbes*, March 20, 2024. <https://www.forbes.ru/biznes/508482-cislo-kompanij-s-inostrannym-ucastiem-v-rossii-za-tri-goda-sokratilos-na-tret>.
- Morokhin, Denis. 2025. »Военное поглощение.« *Novaya Gazeta Europe*, March 25, 2025. <https://novayagazeta.eu/articles/2025/03/25/voennoe-pogloshchenie>.
- Prokopenko, Alexandra. 2023. »Вход — копейка, выход — жизнь. Что сделал год войны с российской элитой.« *Carnegie*, March 7, 2023. <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2023/03/a-year-of-war-has-left-russias-elites-anchorless-and-atomized?lang=ru>.
- RBC. 2024. »Чемезов объяснил необходимость назначения Белоусова министром обороны.« *RBC*, May 17, 2024. <https://www.rbc.ru/politics/17/05/2024/66464e1a9a7947283158b444>.
- Re: Russia. 2025. »The Number of Russian Dollar Billionaires Has Returned to Its Pre-War Level, and the Wealthiest among Them Are Mainly Those under Sanctions.« *Re:Russia*, January 15, 2025. <https://re-russia.net/en/analytics/0233/>.
- TAdviser. 2024. »Финансовые показатели Ростеха.« *TAdviser*, August 16, 2024. https://www.tadviser.ru/index.php/%D0%A1%D1%82%D0%B0%D1%82%D1%8C%D1%8F:%D0%A4%D0%B8%D0%BD%D0%B0%D0%BD%D1%81%D0%BE%D0%B2%D1%8B%D0%B5_%D0%BF%D0%BE%D0%BA%D0%B0%D0%B7%D0%B0%D1%82%D0%B5%D0%BB%D0%B8_%D0%A0%D0%BE%D1%81%D1%82%D0%B5%D1%85%D0%B0.
- The Insider. 2022 »Росатомное оружие. Как Россия использует свои АЭС за рубежом для шантажа и давления.« *The Insider*, November 9, 2022. <https://theins.ru/ekonomika/254301>.